

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag

A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017

ÄA.1.11. Änderungsantrag zum Leitantrag

Einreicher: Dieter Gaitzsch

Unterstützer: Alexandra Wolf, Dieter Siegert (Landesrat), Rotraut Näther, Heike Mühlig-Bekhtaoui, Margot Gaitzsch, Rica Gottwald, Waldemar Peine (SV Dresden)

Der Landesparteitag möge beschließen, die Zeilen 94 bis 118 zu ersetzen:

„2.2. Zur Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit in Gesamtdeutschland wollen wir ostdeutsche Erfahrungen nutzen. Die Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen strukturschwachen und Wachstumsregionen werden größer statt kleiner. Das neoliberale Gesellschaftsmodell führt zu wachsender Ungleichheit zwischen den Regionen. Die LINKE Sachsen setzt auf politische Ansätze, die sich aus den Erfahrungen der Menschen in den neuen Bundesländern entwickeln lassen. Positive Strukturen und Erfahrungen aus dem Osten werden bis heute überwiegend ignoriert, können aber zur strukturellen Stärkung von Regionen beitragen. Das betrifft unter anderem die Schonung von Ressourcen durch eine nachhaltige Abfall- und Ressourcenwirtschaft, durch eine zielgerichtete Wertstoffnutzung und die Abkehr von der "Wegwerfwirtschaft" ebenso wie eine Stärkung des Solidarischen Miteinanders. Für Andere Einstehen hat sich einmal mehr bei der Bewältigung der „Jahrhundert“ Fluten hier im Osten gezeigt. Im Familienalltag waren in der DDR die Frauen stärker emanzipiert. Das ist auch ein Grund, warum der Frauenanteil auf den Führungsebenen in den neuen Bundesländern aktuell signifikant höher als im Durchschnitt der Bundesrepublik insgesamt ist. Die Menschen in den neuen Bundesländern haben gezeigt, dass hegemoniale Eliten in einer politisch wachen Bevölkerung keine Zukunft haben. Es gibt also positive Anknüpfungspunkte für die Übernahme der Erfahrungen aus den neuen Bundesländern in den politischen Alltag. Manches setzt sich wieder durch, wie die Polikliniken, die als Ärztehäuser wieder auferstanden sind.“

Begründung:

Die Mehrheit der Ostdeutschen fühlt sich nicht als Menschen zweiter Klasse, deshalb ist die Orientierung auf Ostdeutschland kein emotionales Argument für Wähler*innen. DIE LINKE Sachsen ist nicht die Partei der ostdeutschen Interessen sondern die Partei der sozialen Gerechtigkeit, unabhängig vom Lebensmittelpunkt der Menschen. Eine ausschließliche Vertretung von ostdeutschen Interessen steht im Widerspruch zur sozialen Gerechtigkeit, weil es Klientelpolitik für eine bestimmte Gruppe bedeutet. In Sachsen gibt es Städte und Regionen, die besser gestellt sind, als Städte und Regionen in den alten Bundesländern. Unser Anspruch auf soziale Gerechtigkeit gilt für Alle. Die genannten Fakten zu Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland sind unbestritten, lassen aber keine schlüssige Interpretation auf ein spezifisches ostdeutsches Lebensgefühl zu und sollten deshalb nicht im Leitantrag erwähnt werden. Die Anzahl der nichtehelich geborenen Kinder ist in Ostdeutschland seit 2006 relativ gleichbleibend bei ca. 60%, der Bundesdurchschnitt ist in dieser Zeit von 30% auf 35% gestiegen. Das bedeutet eine steigende Anzahl von nicht ehelich geborenen Kindern in den alten Bundesländern. Diese Zahlen lassen auf einen Wandel von Familienvorstellungen im Westen schließen. Alleinerziehende sind keine homogene Gruppe (siehe Monitor Familienforschung). Schon deshalb verbietet sich, aus der höhe-

ren Anzahl von Alleinerziehende im Osten auf ein ostdeutsches Lebensgefühl zu schließen. Dazu kommt, dass sich bundesweit nur 4% der Alleinerziehenden bewusst für die Ein-Elternschaft entschieden haben (siehe Aktuelle Ausgabe von „wir-sind-alleinerziehend“). Daraus folgt, dass die meisten Alleinerziehenden nicht wegen einer modernen Familienvorstellung in dieser Situation sind.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____